

Bänziger
4,3% vor Weber

AUSSERRHODEN. Mittels eines Wahlbarometers äussern sich die Parteunabhängigen Appenzell Ausserrhoden zur bevorstehenden National- und Ständeratswahl. Bezüglich dem freien Nationalratsstz sprechen sich 39,1 Prozent für Markus Bänziger aus, 34,8 Prozent wollen Jens Weber wählen und 17,4 Prozent David Zuberbühler. 8,7 Prozent sind für Stimmfreigabe.

Im Hinblick auf die Ständeratswahl teilen die Parteunabhängigen mit, dass 50 Prozent Andrea Caroni empfehlen, 50 Prozent sind für Stimmfreigabe. Diese Zahlen sind das Ergebnis einer Umfrage unter den Mitgliedern des Vereins der Parteunabhängigen.

Begründet wird das Wahlbarometer mit der in den Statuten postulierten Absicht, sich an Wahlgeschäften zu beteiligen. Die Mitglieder hätten sich ihre Meinung an diversen Podien unabhängig bilden können, heisst es in der Mitteilung weiter. (pd)

Stimmfreigabe
bei den Wahlen

AUSSERRHODEN. Die EVP AR beschliesst gemäss einer Mitteilung Stimmfreigabe sowohl für die Ständeratswahl wie auch bei der Wahl des Ausserrhoder Nationalrats. Zu Ständeratskandidat Andrea Caroni schreibt die Partei, dass zwischen ihm und der EVP grundlegende politische Differenzen bestünden. Allein bei den letzten eidgenössischen Vorlagen habe Caroni die EVP-Meinung bei drei Vorlagen nicht geteilt (Familien-Initiative, Präimplantationsdiagnostik, Reform Erbschaftssteuer). Die EVP empfiehlt daher, leer einzulegen. Nicht restlos überzeugt ist die EVP AR auch von den Nationalratskandidaten. Während David Zuberbühler für viele politische Themen nur die Begrenzung der Zuwanderung als Lösung sehe, seien die Aussagen von Markus Bänziger einseitig wirtschaftsfreundlich. Die Motivation von Jens Weber, nach einer politischen Pause weitermachen zu wollen, scheine für den Sprung in den Nationalrat zu schwach. Die EVP AR beschliesst daher Stimmfreigabe, heisst es. (pd)

Im Militärkader
befördert worden

Folgende Personen wurden im Offizierskader der Armee befördert: Rico Graf, Speicher, ist neu Oberleutnant. Neue Leutnants sind: Simeon Brombach, Grub; Tobias Hutter, Gais; Stephan Niederer, Speicher, Maximilian Sacchet, Teufen, Kenneth Schoch, Herisau; Joel van Haaf-ten, Herisau.

Anzeige



Verwaltung ist nicht entscheidend

250 Personen haben an einer zweiten Umfrage der IG Starkes Ausserrhoden teilgenommen. Aus den Ergebnissen geht hervor, dass sich das persönliche Wohlbefinden nicht an den politischen Strukturen orientiert. Es zählt anderes.

ROGER FUCHS

TEUFEN. Alle, die am Freitagabend der Einladung der IG Starkes Ausserrhoden zur Präsentation der Ergebnisse einer zweiten Umfrage folgten, haben eine Gemeinsamkeit: Sie sind überzeugt, dass der Kanton mit den heutigen Strukturen (20 Gemeinden) keine Zukunft hat. Dies zeigte sich in einer Blitzumfrage in der Pause. Auf einem Plakat konnten Klebepunkte für andere Modelle vergeben werden. Als Favoriten kristallisierten sich zwei Varianten heraus: eine Fusion zu sechs Gemeinden und eine Fusion zu drei Gemeinden wie im Kanton Glarus. Einige markierten sogar das Modell mit

Auch bei Fusionen
muss der
Dorfcharakter
bleiben.

Roger Sträuli
Präsident der IG Starkes AR

einer Einheitsverwaltung über den gesamten Kanton.

Wohlbefinden der Menschen

Nur: Was braucht es, damit Fusionen mehrheitsfähig werden? Während die IG Starkes Ausserrhoden in einer ersten Umfrage die Meinung der Bevölkerung zu den politischen Strukturen abgeholt hatte, standen in einer zweiten Umfrage die persönlichen Bedürfnisse und Werte im Fokus. 14 Fragen wurden gestellt, 250 Antworten gingen ein. IG-Präsident Roger Sträuli zog am Freitag namens des Vorstandes folgende Quintessenz daraus: Eine Verwaltung vor Ort hat auf das Wohlbefinden der Menschen keinen Einfluss. Vielmehr zählen ein in unmittelbarer Nähe vorhandener öffentlicher



Bilder: rf

Die knapp dreissig Anwesenden verteilen Punkte für alternative Modelle und Strukturen in Appenzell Ausserrhoden. Einige könnten sich sogar eine einzige Verwaltungseinheit über den ganzen heutigen Kanton vorstellen.

Verkehr, die Primarschule, Einkaufsmöglichkeiten oder nahe gelegene ärztliche Dienstleistungen. Gemeindeverwaltung und Kirche befinden sich am Schluss der Rangliste. Bezüglich Kirche hielt Sträuli allerdings ergänzend fest, dass dies wohl auch mit dem Alter der Personen zu tun habe, die an der Umfrage teilgenommen hätten. Die Mehrheit war zwischen 40 und 60 Jahre alt.

Interessant sind auch die Merkmale, mit welchen die Befragten den Charakter von Gemeinden skizzieren. Es finden sich Stichworte wie verkehrsfreie Begegnungszonen, Dorfbeiz, Dorf- und Vereinsanlässe oder Quartiervereine. «Die Bevölkerung will sich vor Ort begegnen»,

so Roger Sträuli. Auch bei Fusionen müsse dieser Dorfcharakter bleiben, was entsprechende Infrastrukturen voraussetze.

Die Bedeutung der Steuern

Die an die Präsentation anschliessende Diskussion war



Roger Sträuli
Präsident
IG Starkes Ausserrhoden

dann primär geprägt vom Thema Steuern. Nicht alle zeigten sich mit Sträulis Aussage zufrieden, wonach die Steuern im Zusammenhang mit der Thematik ziemlich unbedeutend wären. Wenn man allgemein über Fusionen spreche, möge dies so sein, sagte SP-Nationalratskandidat Jens Weber. Sobald Fusionen aber konkret würden, seien Steuern sehr wohl ein Thema. Auch Andreas Zuberbühler, Präsident der Ausserrhoder Parteunabhängigen, will den Schluss nicht wagen, dass die Steuern keine Rolle spielten. Man solle sich aber durchaus nicht nur von der monetären Frage leiten lassen. Der Herisauer FDP-Präsident Markus Brönnimann mel-

dete sich ebenfalls: Steuern hätten eine Bedeutung, allerdings keine ausschlaggebende. «Sonst würden ja alle in Teufen wohnen», so Brönnimann.

Keine Initiative

Auf eine Initiative will die IG zum jetzigen Zeitpunkt verzichten. Roger Sträuli wertet es als erfreulich, dass der Regierungsrat im neuen Regierungsprogramm das Thema Strukturen umfassend angehen will. So hätten auch Themen wie die Sek in der Diskussion Platz.

Die detaillierten Ergebnisse der 1. und 2. Umfrage können eingesehen werden unter: www.starkes-ar.ch

Wörtlich Nationalratskandidaten zum Autobahnzubringer

Würden Sie sich bei einer Wahl in den Nationalrat für den Zubringer Appenzellerland einsetzen?



Markus Bänziger
Ausserrhoder FDP-Kandidat für den Nationalrat



Jens Weber
Ausserrhoder SP-Kandidat für den Nationalrat



David Zuberbühler
Ausserrhoder SVP-Kandidat für den Nationalrat

Ja. Die Zubringer-Verbindung Winkeln-Herisau und die Umfahrung müssen in der Verkehrspolitik von Ausserrhoden zuoberst auf der Agenda stehen. Der geplante Nieschbergtunnel wird die heute stark belasteten Quartiere entlang der Alpsteinstrasse in Herisau massgeblich aufwerten. Der Anschluss Güterbahnhof St. Gallen-Liebegg wird die sich akzentuierenden Durchgangshinderungen des Mittelands überwinden. Beide Projekte sollen die notwendigen eigenen Trassees für den Langsamverkehr ermöglichen.

Herisau braucht dringend eine Verkehrsentlastung. Der Autobahnzubringer würde das sicher leisten, beschert aber den dahinterliegenden Dörfern Mehrverkehr. Er darf deshalb nur realisiert werden, wenn gleichzeitig ein substanzieller Ausbau des öffentlichen Verkehrs vom Hinterland nach Zürich und St. Gallen erfolgt und in den umliegenden Dörfern verkehrsberuhigende Massnahmen ergriffen werden. Alleine bedeutet der Zubringer nur eine Umverteilung der Verkehrslasten – erst als Gesamtpaket ist er ein Gewinn für alle Einwohner.

Ja, denn nötig ist ein Autobahnanschluss seit Jahrzehnten. Realistisch betrachtet ist eine Umsetzung in naher Zukunft aber unwahrscheinlich. Deshalb sollte der Kanton eigene Varianten für eine Verkehrsentlastung prüfen, zumindest beim Knoten «Alpsteinstrasse/Poststrasse» und beim «Bahnübergang AB» bei der Industriestrasse. Es muss uns aber auch bewusst sein, dass wir vom Bund jährlich eine Kompensationszahlung von 6 Millionen Franken erhalten, solange Ausserrhoden über keinen Autobahnanschluss verfügt.

Mittel aus Alkoholzehntel
gehen an Hilfsorganisationen

AUSSERRHODEN. Der Regierungsrat hat über die Verwendung der Mittel aus dem Alkoholzehntel 2015 entschieden, wie die Kantonskanzlei mitteilt.

Die Eidgenössische Alkoholverwaltung überwacht den Alkoholmarkt und erhebt Steuern auf den konsumierten Alkohol. Die Besteuerung von Spirituosen und anderen alkoholischen Getränken soll helfen, deren Konsum zu verringern. Gleichzeitig bildet die Fiskalabgabe einen Beitrag zur Deckung der durch den Alkoholkonsum verursachten sozialen Kosten. Der Reinertrag aus der Steuer geht zu 90 Prozent an den Bund und zu 10 Prozent an die Kantone. Die Kantone müssen den Alkoholzehntel zur Bekämpfung des Alkoholismus sowie des Suchtmittel-, Betäubungsmittel- und Medikamentenmissbrauchs verwenden. 2015 beträgt der Ausserrhoder Anteil am Alkoholzehntel 168625 Franken. Der Fondsbestand betrug per 1. Januar 2015 188819 Franken. Der Regie-

rungsrat hat Beiträge in der Höhe von 196300 Franken an im Bereich Sucht tätige Institutionen und Organisationen zugeteilt. Beiträge erhalten haben unter anderen die Beratungsstelle für Suchtfragen Appenzell Ausserrhoden, das Blaue Kreuz St. Gallen-Appenzell, der Appenzellische Hilfsverein für Psychischkranke sowie der Kodex-Verein Herisau und Umgebung. (kk)



Bild: apz

Zehn Prozent der Alkoholsteuer gehen an die Kantone.